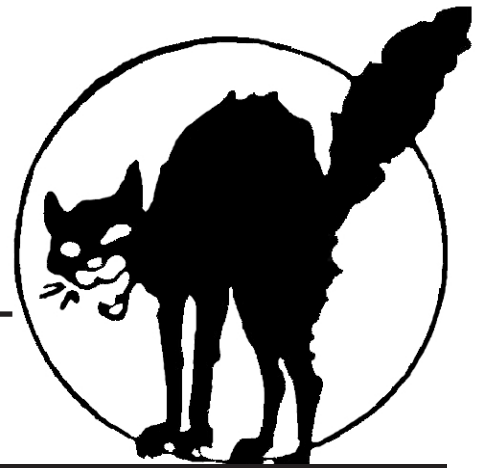


di schwarzi chatz



Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

Griechenland - Die kapitalistische Junta schreitet voran!

Die griechische Regierung wendet neue Strategien in der Niederschlagung von Arbeitskämpfen an: Militarisierung und Verleumdung.



Dass demokratische Grundrechte im zunehmend autoritären Europa immer weniger gelten, ist inzwischen eine Binsenweisheit. In Griechenland greift die Regierung aus konservativer Néa Dimokratía, sozialdemokratischer Pasok und „linkem“ Feigenblatt Dimar (Demokratische Linke) zur Zerschlagung von Streiks nun zunehmend auf Militärrecht zurück. Nach den rassistischen Massenverhaftungen, den Folterungen, tausenden Abschiebungen von Migrant_innen unter dem zynischen Namen Xenios Zeus (gastfreundlicher Zeus) seit Sommer 2012 und dem folgenden Angriff auf die Infrastruktur der anarchistischen Bewegung, muss dies als weitere Eskalationsstufe zur Absicherung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse verstanden werden.

Nach einwöchigem Streik der Metrobediensteten in Athen hatte die Regierung am 24. Januar 2013 die Zwangsrekrutierung der Streikenden angeordnet. Diese hatten trotz eines Gerichtsurteils, das den Ausstand am Tag zuvor für illegal erklärte, ihren Streik zunächst fortgesetzt. Ihr Widerstand richtet sich gegen drastische Gehaltskürzungen, erneute Fahrpreiserhöhungen für die Bevölkerung, Kündigungen und Privatisierungen, die von der Regierung und der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB beschlossen worden waren.

Niederschlagung Streiks bei der Metro

Mit dem Gesetz aus der Zeit der Militärdiktatur von 1967–74, das Arbeitskämpfe

(weiter auf Seite 2)

März/April 2013

Nr. 23, 4. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Drei Moate Streik, ein Monat entlassen 3

Der Streik im Spital La Providence geht trotz Einschüchterungsversuchen weiter

Das Boot ist schon wieder voll 4

Die Debatte um Eduard von Steiger und das gefährliche Geschichtsbild der SVP

Avignon lechzt nach Metropole 5

Eine Umgehungsstrasse und der Widerstand dagegen

Anarchosyndikalismus im jüngeren Spanien 7

Die libertären Gewerkschaften während der Franco-Diktatur und danach

Recht auf Stadt - Wohnen 9

Ist der Wohnraum der neu gebaut wird und bereits existiert überhaupt zeitgemäss?

Rubriken

Kultur • 11
Rechtliches • 12

Editorial

Die Krise spitzt sich zu – und mit ihr die Arbeitskämpfe. Dass seit einigen Jahren während Arbeitskämpfen Arbeiter_innen durch eine Änderung ihres Status – von Lohnarbeiter_in zu Soldat_in – zur Verrichtung ihrer Arbeit gezwungen werden, ist wohl ein klares Indiz dafür: Eine derartige Statusänderung stellt die betroffenen Arbeiter_innen vor eine fast ausweglose Situation: Führen sie ihren Kampf fort, landen sie im Gefängnis. Gehen sie arbeiten, verlieren sie den Kampf. Wahrscheinlich könnten einzig Solidaritätsstreiks die Regierung zum Rückzug zwingen. Davon sind die betroffenen Länder aber leider noch ein Stück weit entfernt.

Dass der Staat selbst vor aktiver Sabotage von sozialen Bewegungen nicht zurückschreckt, zeigt der Artikel zum jüngeren spanischen Anarchosyndikalismus, dessen explosionsartiger Aufschwung nach dem Tode Francos unter anderem durch ein polizeilich inszeniertes Attentat ein abruptes Ende fand.

In der Schweiz sind die Kämpfe noch zahm. Mit einem einzigen öffentlichen Arbeitskampf im Spital „La Providence“ kann hierzulande von Solidaritätsstreiks wohl nicht einmal geträumt werden. Nichtsdestotrotz gilt es auch aus den hiesigen Kämpfen zu lernen. Es müssen in der Gegenwart Ansatzpunkte gesucht werden, die eine Verallgemeinerung des Kampfes ermöglichen. (Nicht nur) im Falle „La Providence“ heisst dies, gegen die korporatistischen Kluft zwischen Pfleger_innen, Mediziner_innen, Putzangestellten, etc. anzukämpfen und auf ein breiteres, solidarischeres Selbstverständnis als Lohnabhängige hinzuwirken. Es gibt aber noch zahlreiche weitere Aspekte, welche das menschliche Leben prägen. Einer davon, und wohl nicht gerade ein unbedeutender, sind die eigenen vier Wände. Auch hier gilt es, sich mit dem Einfluss des standardisierten Wohnens auf das menschliche Zusammenleben kritisch auseinanderzusetzen und an Alternativen zu arbeiten.

Eure FAUistas

Griechenland

(von Seite 1)

fe dann für illegal erklärt, wenn sie dem „nationalen Interesse“ schaden, gelang es dem konservativen Ministerpräsident Antónis Samarás den Widerstand der Metrobeschäftigten vorerst zu brechen. Um 4 Uhr früh des 25.01.2013 drangen vermummte Polizeieinheiten in



Plakat zum Streik. Text: Streik, Solidarität mit dem Kampf der Beschäftigten im Öffentlichen Nahverkehr; Alle auf die Straße

das von Streikenden besetzte Metrodepot im Stadtteil Sepolia ein. Die selben Einheiten waren in den Wochen zuvor bereits an den Räumungen der beiden besetzten Häuser Villa Amalias und Skaramanga beteiligt. Den Arbeiter_innen wurde bei dem Polizeieinsatz der Marschbefehl – in Griechenland ein Papier zur Zwangsrekrutierung – überreicht. Wer sich ab diesem Zeitpunkt noch weigerte, die Arbeit aufzunehmen, sollte sofort verhaftet werden. Die insgesamt am Einsatz beteiligten 7 Polizeihundertschaften sperrten auch die Umgebung des Depots gegen Solidaritätsdemonstrationen ab. Die Beschäftigten der übrigen Athener Verkehrsbetriebe, die zuvor ebenfalls täglich für mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt hatten, erklärten daraufhin ab 7 Uhr in den unbegrenzten Streik treten zu wollen. Nachdem auch dieser Streik von einem Gericht für illegal erklärt wurde, blieb es bei stundenweisen Arbeitsniederlegungen und einem landesweiten Solidaritätsstreik der Bahnbediensteten am 26. und 27. Januar.

Man kann es nur als üble Stimmungsmache bezeichnen, wenn Verkehrsminister Hatzidakis in den Tagen zuvor mit Zah-

len an die Öffentlichkeit ging, nach denen das durchschnittliche Monatsgehalt eines Angestellten der öffentlichen Verkehrsbetriebe, unter Einbeziehung von Überstunden, Nacht- und Feiertagszuschlägen angeblich zwischen 2'167 und 4'095 Euro betrage. Der Vizechef einer Gewerkschaft der Verkehrsbetriebe, ein gelernter Elektriker und dort seit 22 Jahren angestellt, legte daraufhin seine Bezüge offen, die sich aus einem monatlichen Bruttolohn von 750 Euro und zwei Zuschlägen von 150 und 120 Euro zusammensetzen.

Notstandsverordnung gegen streikende Seeleute

Der nächste Angriff auf das

Streikrecht erfolgte am 6. Februar. Aus Protest gegen Lohnkürzungen und Personalmangel hatten die Seeleute am 31. Januar die Arbeit niedergelegt. Sie forderten außerdem die Zahlung ausstehender Löhne, die Unterzeichnung von Kollektivverträgen und wandten sich gegen die geplante Schifffahrtsreform, die zu Massenentlassungen führe. Nachdem Gespräche zwischen dem gewerkschaftlichen Dachverband der Seeleute (PNO) und der Regierung gescheitert waren, verkündete die PNO die Verlängerung des Ausstandes um 48 Stunden. Woraufhin Ministerpräsident Samarás erneut zur Anwendung der Zwangsverpflichtung schritt.

Es gibt „keinen Raum für weitere Diskussionen“, ließ Schifffahrtsminister Kostis Mousouroúlis (ND) verlauten. „Wir werden die Dienstverpflichtung zerreißen und in den Mülleimer der Geschichte werfen“, antwortete Antónis Dalakogiórgos, Präsident der PNO, in einem Radiointerview, was breite Solidaritätsmobilisierungen aus dem anarchistischen und linksradikalen Spektrum zur Folge hatte. Scharfe Kritik an der Notstandsverordnung kam von der stalinistischen KKE, in deren

Gewerkschaftsfront PAME viele Seeleute organisiert sind. Auch die stärkste Oppositionspartei, die Linksallianz SYRIZA, verurteilte das Vorgehen der Regierungskoalition. Ihr Parlamentsabgeordneter Panagiótis Lafazánis nannte die Regierung eine „Junta des Kapitals auf Kosten der Arbeiterklasse“. Auch die Gewerkschaftsdachverbände GSEE und ADEDY erklärten sich solidarisch mit den Streikenden und riefen für den darauf folgenden Mittwoch zum Generalstreik in Athen auf. In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar begann die Polizei dann im Hafen gegen streikende Seeleute vorzugehen. Trotz der vollmundigen Erklärung von Dalakogiórgos nahmen die Seeleute, unter dem Druck der Zwangsrekrutierung und der MAT-Sondereinsatzkommandos, ihre Arbeit wieder auf und am frühen Morgen liefen die ersten Schiffe aus. Gegen zehn Uhr versammelten sich GewerkschafterInnen sowie anarchistische und linke AktivistInnen im Hafen, um zum nahe gelegenen Schifffahrtsministerium zu ziehen. Weit kamen die ca. 10'000 DemonstrantInnen jedoch nicht: Bereits nach wenigen hundert Metern hatten massive MAT-Sondereinheiten mit Schildern und Tränengasmasken vor quer gestellten Polizeibussen die Straße blockiert, worauf sich die Demonstration auflöste. „Wenn die Regierung so weitermacht“, sagte ein Demonstrant, „wird bald ganz Griechenland per Zwangsverpflichtung an den Arbeitsplatz geschleift. Dann holen sie dich früh morgens mit der Pistole im Rücken von zu Hause ab und bringen dich zur Arbeit.“

Was 2010 mit der Zwangsrekrutierung spanischer Fluglotsen und griechischer Tanklastwagenfahrer begann, wird angesichts der kapitalistischen Krise immer alltäglicher. Ganz ohne Militärdiktatur wird der Frontalangriff der kapitalistischen Junta auf das Streikrecht per Militärrecht durchgesetzt.

**Ralf Dreis,
FAU-Frankfurt**

Drei Monate Streik, ein Monat entlassen

Im Arbeitskampf beim neuenburger Privatspital La Providence provoziert die Spitalleitung mit Entlassungen. In der Folge solidarisierten sich an einer Demonstration über 2000 Menschen mit den Streikenden.

Kalt ist es auf dem Bahnhofplatz in Neuchâtel und trist wäre es auch gewesen, wären da nicht dutzende, ja hunderte, Menschen mit entschlossenen Gesichtern, Transparenten und – natürlich – einem Meer von Ge-



Streikende bei der Demo vom 26. Januar

werkschaftsfahnen. Es ist der 16. Februar. Zwölf Tage zuvor war es im Arbeitskampf beim Privatspital La Providence (siehe die schwarzi chatz #22) zu einer weiteren Stufe der Eskalation gekommen:

An einer hastig einberufenen Medienkonferenz las Antoine Wildhaber, der Präsident der Spitalstiftung, eine Mitteilung vor, in welcher erklärt wurde, dass 22 Streikende entlassen werden. Die Stiftung begründet diese Entlassungen damit, dass der Streik illegal sei. Er betonte, dass die Streikenden entlassen wurden, weil sie nicht bis am 31. Januar die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Deswegen habe man sich entschieden, so Wildhaber, die Instrumentalisierung in einem politischen Kampf, den die Gewerkschaften führten, nicht länger zu tolerieren. Der Stiftungspräsident warnte zudem vor einem Fehlschlag der Übernahme durch Genolier. Falls Genolier das Übernahmeprojekt fallen lasse, müsste die Klinik innert kürzester Zeit die Defizite reduzieren. Dabei müssten nicht kostendeckende Dienste gestrichen werden.

Angriff auf das Streikrecht

Dass für die Spitalleitung der Streik illegal ist, war bereits seit dem Beginn klar. Von Anfang an drohte sie denjenigen, welche die Arbeit niedergelegt hatten, mit Entlassungen, liess ihr Streikzelt vor dem Spital durch die Polizei räumen und liess die Kämpfenden von Securitas-Angestellten überwachen. „Der Leiter der Sicherheit fotografierte die Streikenden, was dazu führte,

dass die (noch) nicht Streikenden sich nicht trauten, sich uns anzunähern und mit uns zu diskutieren.“ erzählte Sabine Furrer in einem Interview mit der Zeitung vorwärts Anfang Februar. Doch die Entlassungen am 4. Februar kamen dann doch eher überraschend. Doch unterkriegen liessen

sich die Streikenden nicht: Die Zentralgewerkschaften Syna und Vpod kündigten an, dass sie gegen die Kündigungen Einsprache erheben. Da es illegal ist Streikenden zu kündigen, ist die jüngste Entwicklung eine Steilvorlage für die Kämpfenden von La Providence und die Zentralgewerkschaften: Sie erklärten es zu ihrem Ziel für jede/jeden illegal Entlassene_n mindestens ein Jahreslohn zu erstreiten.

Die Entlassungen in diesem Arbeitskampf sind aber nicht nur illegal, sondern auch ein frontaler Angriff auf das verbrieft Streikrecht.

Mediation scheiterte

Ein Vermittlungsversuch zwischen der Spitalleitung und den Streikenden durch die Kantonsregierung scheiterte. Die Streikenden wiesen den Vorschlag zurück, da er ihre zentralen Forderungen nicht erfüllte. Die Privatklinikgruppe Genolier, welche La Providence kaufen will, hat auf

weiter auf Seite 5

Das Boot ist schon wieder voll!

Die Schweiz sei im Zweiten Weltkrieg eine „rettende Insel“ gewesen, findet der Bundespräsident. Obwohl der Bundesrat seit 1942 von der Shoah wusste und trotzdem Jüd_innen an der Schweizer Grenze abgewiesen wurden.

Anfang Februar ging eine Meldung durch die Schweizer Medien, die für einige Aufregung sorgte: Seit 1942 wusste der Bundesrat vom Massenmord an europäischen Jüd_innen. Bisher unveröffentlichte Bilder sollten dies beweisen. Diese Bilder sind zwar seit Jahren bekannt, in einem Buch veröffentlicht und auch die Tatsache, dass der Bundesrat seit Beginn der umfassenden Vernichtung davon Kenntnis hatte, ist seit dem Bergier-Bericht bekannt. Das Wichtige an dieser Medienente ist aber, dass die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges im Bezug auf Flüchtlinge breit diskutiert wurde. Ungefähr zur selben Zeit wie der Bundesregierung die Massenvernichtung bekannt wurde, verschärfte sie die Aufnahmebedingungen für Jüd_innen in die Schweiz. Eduard von Steiger, der damals zuständige Bundesrat, sorgte dafür, dass Flüchtlinge an der Schweizer Grenze abgewiesen und den Behörden des Dritten Reichs übergeben wurden. Menschen nicht aufzunehmen oder – wie in diesem Beispiel – in den sicheren Tod zu schicken, das ist die einzige belegbare humanitäre Tradition des Schweizer Staates.

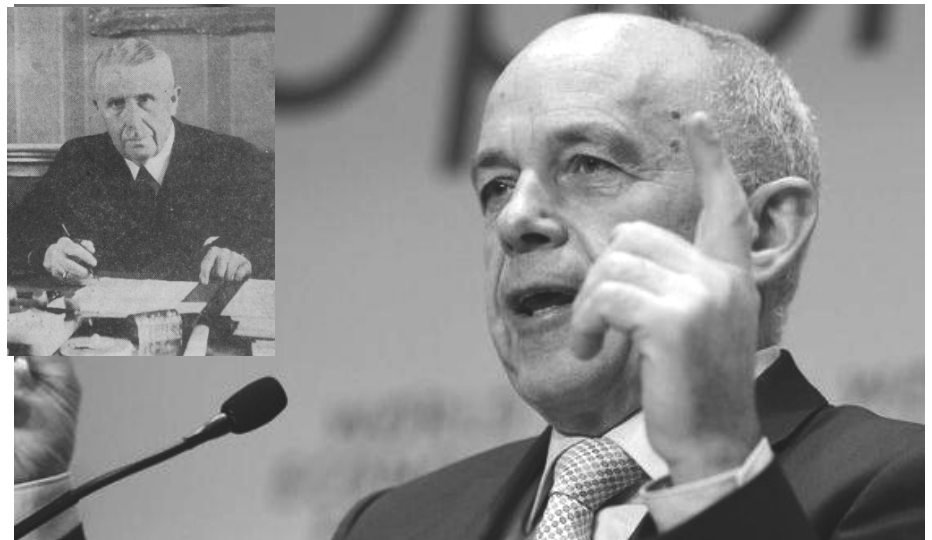
Immer wieder ist das Boot voll

Eduard von Steiger, übrigens Mitglied der SVP-Vorgängerpartei BGB, begründete seine harte Haltung mit einem Sinnbild: Die Schweiz sei ein Boot in einem stürmischem Meer und das kleine Boot sei halt voll. Man könne nicht mehr Leute aufnehmen, da sonst das Boot untergehen würde und so auch diejenigen, welche schon im Boot sässen, in den Tod gerissen würden. Historiker_innen, welche sich mit dieser dunklen Epoche der Schweizer Geschichte befassen, debattieren immer noch über die Frage, ob von Steigers Ansicht der Dinge Gehalt haben. Die Konservativeren argumentieren, man habe das Dritte Reich nicht reizen dürfen, da sonst die Schweiz überfallen worden wäre. Die Liberaleren antworten darauf, dass das Dritte Reich auf

eine stabile Drittwährung für den internationalen Handel angewiesen war (die Reichsmark wurde von vielen Ländern nicht als Zahlungsmittel akzeptiert) und unter anderem deswegen die Schweiz nicht überfallen worden sei. Rechtsnationale argumentieren gar, dass kein Platz in der Schweiz gewesen sei um die „Flüchtlingsströme“ aufzunehmen. Und genau bei diesem Argument ist dann der Bogen zur heutigen Politik geschlagen: Anhand einer ganz anderen Situation in einem anderen historischen Umfeld soll eine Politik von heute begründet werden. Mit dem Verweis auf von Steigers Ausspruch wurde in der Schweiz mehr als einmal versucht eine ausländerfeindliche und rassistische Politik durchzusetzen: Die „Überfremdungsinitiative“ von 1970 etwa oder auch Vorstösse der SVP in den letzten Jahren. Die Folge sind die schärfsten

„Die Schweiz war in jener dunklen Epoche des europäischen Kontinents dank dem Einsatz einer ganzen Generation mutiger Frauen und Männer ein Land der Freiheit und des Rechts geblieben. Unser Volk hat damals trotz immensem Druck des Auslandes die Kraft gefunden, den eigenen, unabhängigen Weg fortzusetzen. So wurde die Schweiz für viele Bedrohte und Verfolgte zur rettenden Insel.“ Doch wie oben beschrieben war das die Schweiz gerade nicht. Sie war eine rettende Insel für diejenigen, die schon da waren und diejenigen, die genügend Geld und Einfluss besaßen, sich den Schutz zu erkaufen. Und genau das ist sie auch heute noch.

Mit jeder neuen billigen Polemik auf dem Buckel der Flüchtlinge und Asylsuchenden (pardon „Asylanten“!), mit welchen die SVP und ihre willigen Vollstrecker von FDP



Ueli Maurer, Bundespräsident; kleines Bild Eduard von Steiger

Ausländer_innen- und Asylgesetze in ganz Europa – vermutlich aber auch noch weit darüber hinaus.

Maurers Revisionismus

Gleichzeitig zu den Verschärfungen kommt aus den selben Kreisen zunehmend ein Geschichtsrevisionismus. Noch ist es nicht zu öffentlichen Shoah-Leugnungen gekommen, aber Revisionismus beginnt auch nicht mit der Leugnung des Massenmordes, die Schönfärbung der Rolle der Schweiz gehört auch dazu. Und die Botschaft des Bundespräsidenten zum Shoah-Gedenktage ist genau das. In dieser Botschaft ist folgende Passage zu finden:

bis SP auf Stimmenfang gehen; mit jedem neuem Gesetz, das neue Probleme schafft und damit der SVP Munition für weitere Verschärfungen liefert; aber auch mit jedem Einzelfall eines SVP-Mitglieds, welches die Reichskristallnacht verharmlost, geht die Schweiz einen Schritt weiter in diese gefährliche Richtung. Bereits ist es so weit, dass sich in der Schweiz kaum jemand noch gross über die Mussolini-Verharmlosungen von Berlusconi aufregt. Daran ändert auch die ebenso billige Polemik der JUSO nichts, welche von der Gemeinde Langnau forderte, dass Eduard von Steiger das Ehrenbürgerrecht entzogen werden solle.

Drei Monate Streik (von Seite 3)

das Verhandlungspatt mit der definitiven Übernahme des Spitals reagiert. „Für uns ist der Arbeitskampf definitiv beendet“, erklärte Antoine Hubert, Delegierter von Genolier, am Montag, dem 18. Februar, vor der Presse. Ausschlaggebend für diesen Entscheid sei die positive Haltung der Regierung gewesen, so die Begründung von Genolier. Der Konzern spricht damit aus, was die Streikenden und ihre Unterstützer_innen schon lange vermutet haben, aber die Regierung nie bestätigen wollte: Der Neuenburger Staatsrat hatte nie vor in diesem Arbeitskampf neutral zu vermitteln. Die Kantonsregierung hat in dieser Auseinandersetzung eigene Interessen: Der Kanton Neuchâtel soll zu einem Gesundheitszentrum werden und

deswegen für Investoren in diesem Bereich möglichst attraktiv sein. Übersetzt heisst das, Lohnkosten müssen sinken und Arbeitsschutz abgebaut werden. Es könnte auch sein, dass die Regierung bereits auf eine Verschlechterung in den eigenen Spitälern hofft und dass nach der Niederschlagung des ersten Widerstands, die nächsten Belegschaften nicht mehr gross aufmucken.

Der Kampf geht weiter

Sichtlich gezeichnet von den zweieinhalb Monaten Kampf, Einschüchterungen, Verleumdungen und Unsicherheiten sprach Christelle Haussener an der Demo vom 16. Februar. Es sei ein harter Kampf und allen gehe er an die letzten Reserven. Doch obwohl sie entlassen worden seien und

sie von der Regierung auf keine Unterstützung hoffen könnten, werde sie weiter kämpfen. Kleine Hoffnungsschimmer sind denn auch zu erkennen: Die von den Streikenden dringend benötigte Unterstützung kommt langsam auch nicht mehr nur aus Neuchâtel oder der Westschweiz. Dass die deutschschweizer Presse langsam über den Streik zu berichten beginnt ist wertvoll. Auch die Demo vom 16. Februar, mit 2000 Teilnehmenden eine der grössten in der Geschichte von Neuchâtel, wird den Streikenden den Rücken stärken. Die italienische USI Sanità schrieb, nachdem sie von der FAU Bern über den Kampf informiert worden war gleich zwei Solidaritätsbotschaften und bot an, den Kampf von Italien aus zu unterstützen.

smf

Avignon lechzt nach Metropole

Seit dreißig Jahren liegen die Baupläne wohl verwahrt in einer Schublade. Und anstatt die Schlüssel in die strahlende Rhone zu werfen kommen sie wie ein Phönix aus der Asche immer wieder hervor.

Es geht um LEO, eine große Straße. Eine Umgehungsstraße. Eine Verbindungsstraße (Liaison Est-Ouest). Es geht um viel Beton, Äcker und Gärten, bäuerliche Strukturen und die armen Armen. Es geht um Bioökonomie, Kontrolle, Gentrifizierungsbumms und vielleicht einen ganzen Batzen Freiraum.

Die Entscheider wollen die Autobahnen A7 und A9 verbinden, die eine Richtung Italien via Marseille (Kulturhauptstadt 2013), die andere Richtung Spanien. Beides wichtige Strecken für den Transport von Gemüse aus den Plastikmeeren der Peripherie Europas.

Das Projekt ist in drei Trassen unterteilt, wobei die Erste schon realisiert wurde. Zusammen mit einem in kühlem Glas-Stahlbeton gehaltenem TGV Bahnhof hat sie hunderte Hektar guten Bodens versiegelt und eine andere Art von Leben gleich mit. Das passierte nicht ohne Widerstand und voller Respekt erwähne ich die Besetzung eines Gebäudes der SNCF (fr. Bahn) bei der es Computer aus den Fenstern rieselte.

Bis vor kurzem dachte kaum noch jemand an die beiden folgenden, Milliarden schweren Projekte. Aber im März 2012 gelang es Gelder aus den verschiedenen Struktur- und Entwicklungstöpfen zu mobilisieren und seit dem geht es rasant in die falsche Richtung. Im Februar diesen Jahres ist die Enquete publique pacelaire über die Bühne gelaufen und die ersten Menschen sind enteignet worden. Bis September sollen alle Gelände in den Händen des Staates sein und so lange dürfen Mensch und Tier noch bleiben wo sie sind.

Die vierspurige Straße soll durch die centure verte, den grünen Gürtel Avignons verlaufen. Sie wird direkt 50 ha zerstören und weitere Baupläne liegen bereit. Zum Beispiel für eine Niedrigenergiehaussiedlung. Die eingesparte Energie kann dann gleich in einen Ausflug in den nächsten Biosupermarkt und den Kauf von Biotomaten aus El Ejido investiert werden.

Ein Gebiet was im Süden an die Durance grenzt und im Norden an die in Frankreich so typischen Hochhäuser, die wir aus den Bildern der Riots 2005 und 2007 kennen. Die Viertel sind nicht so derbe wie in Paris oder Marseille aber mit der gleichen Logik der Ausgrenzung. Obendrein dienen sie als Argument für die Umgehungsstraße. Und

es stimmt, die Bewohner dieser Viertel der Umgehungsstraße leiden stark unter dem Schwer- und Berufsverkehr. Aber es ist zynisch zu behaupten, man baue die Leo für diese Menschen. In 10 Jahren wird das Gebiet wohl aufgewertet und gentrifiziert sein. Und die nächste Generation wohnt an der nächsten Peripherie der nächsten Umgehungsstraße. Kreisrund und jedes mal einen grösseren Radius Beton mit sich ziehend.

Gegen die LEO und ihre Welt

Der Kampf in Notre-Dame-des-Landes gegen den Flughafen in der Nähe von Nantes zeigt wie erfolgreich und wichtig Landbesetzungen sein können. Sie eröffnen Freiräume, spinnen Netzwerke, bauen Baumhäuser und sehen verdammte gut aus. Auch wenn einem der Matsch bis zu den Kniekehlen geht und mensch der Salat vergast wird. Trotz massiver Repression geben die Freunde vor Ort nicht auf und schaffen es Zehntausende auf die Straße zu bringen und landesweit Unterstützungskomitees zu gründen. An vielen Wänden ließt mensch Grußbotschaften und immer wieder werden Autobahnzahlstellen geöffnet um das nötige Kleingeld beisammen zu bekommen und dem Bauherren VINCI etwas auf die

weiter auf Seite 6

Spanien

(von Seite 5)

Finger zu hauen. Der ist nämlich nicht nur Betreiber von Autobahnen und Parkplätzen, beides äußerst rentabel, sondern liefert auch Beton nach Tschernobyl um zu zeigen, dass AREVAS Produkte in allen ihren Auswirkungen beherrschbar sind. In Avignon sind die Zeichen der Zeit noch nicht entschlüsselt worden und so gehen die Enteignungen in der *centure verte* weiter und die Bauarbeiten sollen 2014 beginnen. Dagegen gehen, pflanzen und tanzen wir vor.

Wir laden euch herzlich ein in den Süden zu kommen und am 27. April die Eröffnungsdemo mitzugestalten. Der Demo werden diverse Besetzungen folgen, allen

voran wollen wir ein kollektives Gartenbauprojekt auf einer der bedrohten Flächen installieren. Während 4 Tagen gibt es *Campleben* auf einer Freifläche mit Baustellen, Workshops, Diskussionen, Filmen, Musik und so weiter und so richtig laut. Wir wollen aus diesen Tagen eine Etappe hin zu einer breiten Bewegung machen. Einer Bewegung die sich Ländereien gegen die Ökonomisierung jeglicher Lebensbereiche zurück nimmt und sie bewirtschaftet. Ihr könnt ohne Probleme schon am Freitag aufs Camp kommen, Hand mit anlegen und ein veganes Essen teilen.

Die LEO, ein Projekt in Diensten der Vermarktung der Stadt

Aus Avignon soll eine Marke werden. Soll sich verkaufen. Denn im 21. Jahrhundert hat sich auch ein Markt zwischen Städten etablieren lassen. So stehen sie in Konkurrenz zu einander und in Unternehmerlogik sollen sie ihre Standortvorteile heraus putzen und was weder Touristen noch Unternehmer anlockt ist plötzlich anrühlich. Es muss investiert werden, die Attraktivität muss gefördert werden. Wettbewerbsfähig-

keit dank innovativer Politik, einen feisten Handschlag dank lokalem Wachstums. Werde Kulturhauptstadt und du erkennst ganze Straßenzüge nicht mehr wieder und du suchst trotz modernster Kameras vergeblich deine alten Nachbarn. Du gehst noch etwas weiter und siehst eine einzige urbane Fläche, ohne Form und ohne Ordnung, eine trostlo-



se, unbestimmte und unbegrenzte Zone, ein weltweites Kontinuum von musealen Hyperzentren und Naturparks, von Großwohnanlagen und riesigen landwirtschaftlichen Betrieben, von Industriegebieten und Siedlungen, von hippen Bars: die Metropole.

Aber da wir das bunte Leben lieben, werden wir unser Territorium mit buntem Leben füllen, uns organisieren und gemeinsam eine andere als die Verwertungslogik zur Prämisse unseres Handelns machen.

Kurzfristig wird die LEO das BIP, den Güterverkehr und somit den Markt in der Region ankurbeln. Den Verkehr zwischen den kürzlich aufgewerteten Viertel im Süden verflüssigen. Langfristig aber ist die Leo die Pulsschlagader für die Urbanisierung der gesamten Region. Es liegt viel Geld in den zu verspekulierenden Böden und kein noch so subventionierter und industrialisierter Salat kann gegen ein Autohaus von Mercedes Benz Standhalten. Dieses Phänomen kennen wir aus ganz Frankreich. Alle sieben Jahre betonieren wir die Fläche eines Departement.

Durch Landwirtschaft die Metropole umstülpen

Durch die Besetzungen wollen wir deutlich machen wie schwer es ist Land für kleine Landwirtschaftliche Projekte oder Gemeinschaftsgärten auf legalem Wege zu bekommen. Denn durch eine Politik die die große Agroindustrie bevorzugt, Ackerland in Konkurrenz zu Bauland setzt und die Entscheidung über den Nutzen dem Geld überlässt opfert eine Nahrungsmittelproduktion die Regional nicht nur auf einem Label stehen hat.

Wir wollen unsere Autonomie ausbauen. Selber unser Essen produzieren. Selber entscheiden was wir lernen wollen

und das Wissen weitergeben. Uns begegnen, außerhalb der vorgegebenen Schemata.

Durch das stetige Verneinen der Transparenz, des Konsums, des Marktes, der Krise, der Konkurrenz, der Reduzierung auf Umwelt, die bleibt wenn mensch alles verloren hat, wollen wir eine Zone wieder beleben. Wir wollen aus Umwelt wieder eine Welt machen in der wir zu Hause sind.

Und klingt das nicht nach einem spannenden Experiment? Plötzlich leert sich ein Streifen in der Landschaft. Es gibt Häuser die leer stehen aber in gutem Zustand sind. Gartenflächen wo selbst die Bewässerung noch installiert ist. Obstbaumplantagen die wieder geschnitten werden wollen. Kleine Parzellen mit großen, dem Mistral trotztenden Hecken. Mit gefestigten Strukturen und vielen Neuankömmling innen. Und das ganze nicht nach einem Super GAU in der nuklearisiertesten Region Europas, sondern weil der Staat sich verspekuliert hat. Wir sehen uns in den Gärten!

leopart@riseup.net

Anarchosyndikalismus im jüngeren Spanien

Der Anarchosyndikalismus prägte Spanien zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Errichtung der franquistischen Diktatur 1939. Heute beheimatet Spanien erneut die grössten anarchosyndikalistischen Gewerkschaften. Deren neuere Geschichte zu beleuchten, ist das Ziel dieses Artikels.

Im März 1939 marschierten Francos faschistische Truppen in Madrid ein und markierten dadurch das Ende eines knapp drei Jahre dauernden Bürgerkrieges. Dieser war die Folge eines spontanen Aufstands der Arbeiterinnen und Arbeiter, viele davon Mitglieder der anarchosyndikalistischen CNT (Confederación Nacional del Trabajo), gegen den Militärputsch des Generals Francisco Franco. Insbesondere die anarchosyndikalistischen Arbeiter_innen sahen in ihrem Widerstand nicht nur einen Kampf gegen den Faschismus, sondern gleichzeitig den Beginn einer sozialen Revolution.

Die Chancen auf Erfolg der sozialen Revolution nahmen mit der Dauer des Krieges stetig ab: Franco erhielt immer mehr und immer effektivere kriegerische Unterstützung von Mussolini und Hitler, aber auch die Probleme auf antifaschistischer Seite nahmen zu: Eine Kriegsindustrie musste aus dem Boden gestampft werden, Stalin gewann aufgrund seiner Waffenlieferungen sowie der Entsendung internationaler Brigaden immer mehr an Einfluss, aber auch die CNT entwickelte sich zu einem immer hierarchischeren Apparat.

Knapp 40 Jahre Repression

Nach Francos Sieg versank Spanien in eine fast 40 Jahre dauernde Diktatur, welche äusserst repressiv gegen jeglichen politischen Widerstand vorging. Arbeitslager, Gefängnis, Folter und Tod waren im franquistischen Spanien gängige Strafen für Anarchist_innen oder andere Abweichler_innen. Die nach Frankreich geflohenen Leute wurden zuerst in Lager gesteckt und später von der deutschen Besatzungsmacht erneut verfolgt.

Die in Spanien verbliebenen Anarchosyndikalisten_innen konnten aus Angst vor Verrat oder Infiltration nur noch in kleinen und zersplitterten Affinitätsgruppen agieren. Unter diesen Umständen war es nicht

möglich, eine anarchosyndikalistische Massenorganisation im Lande aufrecht zu erhalten. Die CNT wurde daraufhin und bis zu Francos Tod 1975 faktisch von der Exil-CNT in Frankreich vertreten.

Die kurze anarchistische Welle

In den 70er Jahren mehrten sich die Anzeichen für Francos baldiges Ableben. Dies weckte Hoffnungen auf einen politischen Wandel und der Anarchismus erlebte einen unverhofften Aufschwung. Nach Francos lange ersehnten Tod begann sich die CNT neu zu formieren. Deren Wiederaufbau war aber nicht einfach: die Exil-CNT, die alten Anarchosyndikalisten_innen, welche die gesamte Diktatur in Spanien überdau-

gliedert der CNT ums Leben, welche sich zu dieser Zeit im Inneren des Gebäudes befanden. Die Polizei teilte kurz darauf mit, Anarchist_innen der CNT als Urheber_innen des Anschlages ausgemacht zu haben. Der von der Polizei ausgeheckte Plan zur Schwächung der stabilitätsgefährdenden CNT ging auf: Mit der medialen Hetze gegen die „mörderische“ CNT verlor die Gewerkschaft scharenweise Mitglieder und damit auch ihre soziale Sprengkraft.

Spaltung der CNT

Der 1979 durchgeführte „V Congreso“ – der erste offizielle Kongress der spanischen CNT seit 1936 – war geprägt von verbalen und physischen Auseinander-



Gemeinsames Transparent aller anarchosyndikalistischen Gewerkschaften

ert hatten, und die Jugendlichen, welche sich in Scharen der CNT anschliessen begannen, prallten mit unterschiedlichen Vorstellungen aufeinander. Trotzdem wuchs die CNT in wenigen Jahren zu einer Massenorganisation mit bis zu 300'000 Mitgliedern heran.

Abgesehen von den internen Querelen läutete insbesondere ein 1978 von der Polizei inszeniertes Attentat ein jähes Ende des anarchistischen Aufschwungs ein. Anlässlich einer Demonstration gegen die „Pactos de la Moncloa“ – ein Pakt der den sozialen Frieden zwischen Unternehmer_innen, Staat und Gewerkschaften sichern sollte – animierte ein in die CNT infiltrierter Polizeispitzel mehrere Leute dazu, einen Festsaal mit Molotovcocktails zu bewerfen. Ironischerweise kamen bei diesem Anschlag ausschliesslich vier Mit-

setzungen zwischen verschiedenen Strömungen und führte letztendlich zum Bruch innerhalb Organisation. Daraus entstanden zwei CNT's: Die grössere Teil verblieb in der „orthodoxeren“ CNT-AIT und eine Minderheit konsolidierte sich im darauf folgenden Jahr in Valencia zur CNT „Congreso de Valencia“. Die beiden Strömungen unterschieden sich hauptsächlich in der Betriebsratsfrage: Die CNT-AIT sah in der Beteiligung an Betriebsräten ein Verrat am anarchistischen Prinzip der Selbstbestimmung, die CNT Congreso de Valencia hingegen betrachtete sie als unumgänglich, um nicht in die Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die internen Konflikte innerhalb der CNT-AIT führten dazu, dass sich immer mehr Mitglieder von ihr ab- und viele davon der CNT Congreso de Valen-

weiter auf Seite 8

Spanien

(von Seite 7)

cia zuwandten. 1984 organisierte letztere einen „Congreso de Unificación“ (Vereinigungskongress), um die unzufriedenen CNT-AIT Sektionen in die CNT Congreso de Valencia aufzunehmen, woraufhin sich diese „CNT Renovada“ (erneuerte CNT) nannte. Von da an war die CNT Renovada die stärkere der beiden anarchosyndikalistischen Strömungen und die CNT-AIT verlor zunehmend an Bedeutung. 1985 reichte Letztere eine gerichtliche Klage gegen die CNT Renovada ein, um ihr die Verwendung der Kürzel „CNT“ zu verbieten.



Nachdem die CNT-AIT den Prozess in den ersten Instanzen verloren hatte, gewann sie 1989 auf Bundesgerichtsebene den alleinigen Anspruch auf die Bezeichnung CNT. Die CNT Renovada sah sich gezwungen, ihren Namen zu ändern und nahm noch im selben Jahr den Namen „Confederación General del Trabajo“ (CGT) an.

Der Mittelweg der Solidaridad Obrera

Gegen Ende der 80er Jahre tat sich innerhalb der CNT Renovada und der späteren CGT ein gewisser Unmut breit. Der eher anarchistische Sektor kritisierte, dass Parteimitglieder und frühere Mitglieder der „Comisiones Obreras“ (die staatskapitalistische Gewerkschaft) zu bereitwillig aufgenommen würden. Auch waren viele nicht damit einverstanden, dass die CGT für ihre Gewerkschaftsdelegierte in Zukunft staatliche Subventionen annehmen

solle. Diese kritische Strömung war aber offenbar in der Minderheit. Als es zum Namenswechsel hin zu CGT kam, entschied sich eine Sektion der CNT Renovada in der U-Bahn von Madrid, diesen aus den oben genannten Gründen nicht zu vollziehenden und nannte sich bis 1992 weiterhin CNT. Daraufhin gründete sie die dritte anarchosyndikalistische Gewerkschaft Spaniens: die „Solidaridad Obrera“. Sie wählte einen Mittelweg zwischen CNT-AIT und CGT. Im Gegensatz zur CNT-AIT, liess sie es ihren Gewerkschaftssekten offen, ob sie an Betriebsratswahlen teilnehmen wollten, lehnte aber im Gegenzug jegliche staatliche Subventionen ab.

Auch legte sie fest, dass Parteimitglieder zwar Mitglied der Gewerkschaft werden konnten, diese aber innerhalb der Solidaridad Obrera keine Funktionen übernehmen dürften.

Die Ruhe der 90er und 0er Jahre

Nach den hitzigen und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen während der 70er und

80er Jahre, wurde es nach der Gründung der Solidaridad Obrera etwas ruhiger um die Gewerkschaften.

Die CNT verlor weiter Mitglieder und konnte in den 90er Jahren kaum mehr gewerkschaftliche Arbeit verrichten. Erst in den vergangenen Jahren konnte sie wieder einen Aufschwung verzeichnen. Insbesondere mit der Krise und dem damit einhergehenden Misstrauen gegenüber Staat und Wirtschaft scheint ihr Modell der direkten Aktion – fernab von korporatistischen Gremien – wieder auf Interesse zu stossen. Die Solidaridad Obrera entwickelte sich (entgegen der Erwartungen ihrer Gründer_innen) nicht zum Erfolgsmodell und konnte nur in wenigen weiteren Städten Fuss fassen. Auch heute wird sie von vielen immer noch als madrilenische U-Bahn Gewerkschaft betrachtet, da deren dortige Sektion fast die Hälfte der insgesamt rund 800 Mitglieder stellt. Auch die CGT hatte

zu Beginn der 90er Jahre einen schwierigen Stand. Da sie als „neue“ Gewerkschaft galt, musste sie unter den Arbeiter_innen zuerst wieder eine gewisse Bekanntheit erlangen. Nach einigen Jahren der Stagnation schien ihr dies gelungen zu sein und gewann stetig weitere Mitglieder hinzu. Gemessen an der Mitgliederzahl (zwischen 60'000 und 80'000) ist sie heute – nach den „kommunistischen“ Comisiones Obreras, der sozialdemokratischen UGT und der christlichsozialen USO – die viertstärkste im Land.

Die verschiedenen Strömungen heute

Seit Kurzem tut sich auch in Sachen anarchosyndikalistischer Zusammenarbeit wieder etwas: Im Jahre 2011 kam es erstmals zu Treffen zwischen den Generalsekretären der drei anarchosyndikalistischen Gewerkschaften. 2012 folgte der erste gemeinsame Aufruf zu einem Generalstreik. Letzteres mag auf den ersten Blick unbedeutend erscheinen, wird aber von Anarchosyndikalist_innen vor Ort als Meilenstein betrachtet. Diese „Einheit“ auf dem Papier darf aber über die weiter vorherrschenden Unterschiede nicht hinweg täuschen. Innerhalb der CNT-AIT gibt es einen nicht unbeachtlichen Flügel, welcher weiterhin jeglichen Kontakt mit der Solidaridad Obrera oder der CGT ablehnt und deshalb selbst den anderen CNT-AIT Flügel, welcher diesen Austausch befürwortet, als reformistisch bezeichnet. Bei der CGT ist wiederum nicht klar, welche Ziele diese wirklich verfolgt. Innerhalb anarchistischer Kreise wurden in letzter Zeit immer mehr Bedenken geäussert, dass die CGT immer weiter von den anarchosyndikalistischen Prinzipien abweichen könnte, einzig um zur dritten Kraft des Landes aufsteigen zu können. Verschiedene gemeinsame Auftritte der CGT mit Comisiones Obreras und UGT haben diese Bedenken in jüngster Zeit deutlich verstärkt.

In Zeiten der Krise ist eine anarchosyndikalistische Einheit, auch wenn sie sich nur auf eine Einheit in der Aktion beschränkt, von grosser Bedeutung. Diese ist zur Zeit höchst fragil. Es bleibt zu hoffen, dass die drei Strömungen einen konstruktive Zusammenarbeit erlernen und der Arbeiter_innenbewegung dadurch eine Alternative zur Sozialpartnerschaft liefern können.

Paul Isler

Recht auf Stadt – Wohnen

Was ist der zentrale Aspekt zum Thema Wohnen? Steht an erster Stelle die Höhe des Mietzinses, oder der Hypothekarzins? Ist es der Wohnungsmangel? Meiner Meinung nach steht an erster Stelle die Frage, wie wir Wohnen wollen, sowohl wie Räume zu einer Wohnung angeordnet sind, als auch wie wir diese Räume mit anderen teilen.

Das Thema Wohnen betrifft ein zentrales Fundament der Gesellschaft. In der eigenen Wohnung – sehr breit verstanden – verbringen wir täglich fast so viele wache Stunden wie bei der Arbeit. Dabei ist die Vielfalt der Aktivitäten sogar noch grösser. Die Schlafstunden möchte ich separat erwähnen, da sie ihre eigenen Anforderungen haben und ebenfalls einen grossen Teil zum Wohlbefinden beitragen. Zum gesellschaftlichen Fundament wird es aber erst durch die summierte Bedeutung aller Akteur_innen, die diese Privaträume zum gesellschaftsformierenden Element machen. Wohnungen widerspiegeln sehr stark wie sich Menschen das Zusammenleben vorstellen, welche Ansprüche sie konkret haben. Oder? Die gebaute Umwelt zeigt auf jeden Fall die dominante Zusammenfassung dieser Ansprüche. Klar geht es um Licht und Wärme, um Schallschutz und Proportionen (zum Beispiel die Zimmergrössen, das Verhältnis von Bodenfläche zu Raumhöhe oder ähnliches), wo neben dem gesunden Menschenverstand eine Vielzahl an Gesetzen und Verordnungen einzuhalten sind. Das sich fast alle Wohnungen aus derselben Kombination an Zimmergrössen zusammen setzen zeigt noch explizitere Ansprüche auf. Das sich die meisten Wohnungen aus einem grossen Zimmer mit der besten Lage und Balkon, einem ähnlich grossen Zimmer und 1 bis 3 kleineren Zimmern zusammen setzen ist dem Kernfamilienmodell verschuldet, das von zwei Erwachsenen mit ein bis drei Kindern ausgeht. Wohnungsgrössen richten sich nach der statistischen Verteilung von Personenzahl und Finanzkraft.

Die Steuerung des Angebotes

Wollen wir uns mit diesem Modell heute noch abfinden? Mit wem wir zusammen

in einer Wohnung oder einem Gebäude leben, die Art wie wir das ganze einrichten und für was wir die Räume benutzen, sollte doch auch bestimmen, was für Wohnungs- und Grundrisstypen angeboten werden.

Statistisch betrachtet nimmt heute der Anteil der klassischen Kernfamilie eher ab, während die Bandbreite der Wohnformen zunimmt. Traditionelle Wohnformen, zum Beispiel der Mehrgenerationenhaushalt mit einer Einliegerwohnung – eine kleine Wohnung die mit einer grösseren verbunden ist – sind schon länger aus der Mode gekommen. Das WG-Leben scheint dage-



gen noch nicht alt genug zu sein, um einen eigenen Wohnungstyp erhalten zu haben. So wäre es, wenn wirklich die Statistik die treibende Kraft wäre.

Die Gesellschaft, die damit verbundenen Rollenbilder und Zeiträume verändern sich, ändert sich damit auch das Wohnungsangebot? Eben nicht. Die bedarfsorientierte Marktwirtschaft ist eine müffelnde Utopie, bei der selbst Befürworter_innen sich lieber auf die Organisationsvorteile versteifen, als das resultierende Leben der darin eingebundenen Menschen unter die Lupe zu nehmen. Die Anforderungen um hierzulande ein Haus zu bauen sind, schon was die notwendigen Ressourcen betrifft, ausserordentlich gross. Hinzu kommt, dass mensch bestraft wird, wenn diese Summen vorhanden und abbezahlt sind. Wer bei seinem Haus schulden hat, lebt billiger, ist aber in der Abhängigkeit der Banken. Diese haben ein einfaches Mittel, um die Uniformität

der Bauprojekte zu fördern, desto spezieller ein Projekt, desto geringer die Chance auf Wiederverkaufbarkeit, also desto eher die Ablehnung oder desto höher ist der verlangte Eigenanteil. Die Finanzwelt fokussiert eben viel stärker auf das Risiko, als auf Wünsche.

Dieser Logik sind institutionelle Anleger (Immobilieninvestoren und Genossenschaften) und private Initiativen gleichermaßen ausgesetzt, beide agieren im selben System, wo Sicherheit über die Mehrheit und nicht die Vielfalt gesucht wird, wo es zwar nicht nur eine Mehrheit gibt, aber alle über ihre Finanzkraft bestimmt und aufgereiht werden.

Politische Doppeldeutigkeiten

Auf der politischen Bühne kommen diese Mehrheiten ganz ähnlich zum tragen. Trotz der Lippenbekenntnis zu einer heterogenen Gesellschaft, entwirft die Mehrheitsdemokratie immer wieder vage Konzepte, deren Kernanliegen kaum umsetzbar sind, schon gar nicht über den damit verbundenen Ausbau der Administration oder der mehr oder weniger offen dargelegten Repression.

Gerade ist die Abstimmung zum Raumplanungsgesetz vorbei, vielleicht haben sich ja ein paar damit auseinander gesetzt. Es ging um gewichtige Instrumente, hohe Steuern und staatliche Eingriffe, nur gut das nicht auch noch eine Debatte über die zukünftige Stadt damit verbunden war. Eigentlich stand diese zwar am Anfang der Debatte, wo sonst, als in den städtischen Agglomerationen wird die

weiter auf Seite 10

Recht auf Wohnen (von Seite 9)

Entwicklungsrichtung zum ausufernden Siedlungsbrei offenbarer. Der Wunsch nach einer dichteren Überbauung bleibt ein Wunsch, solange die staatliche Seite genauso einhellig dem Thema ausweicht, wie sie bei Lösungsansätzen singulär über die Finanzeinnahmen diskutiert und versucht möglichst keinen Mitspieler_innen auf den Schlipps zu treten.

Versteht mich nicht falsch, der Staat soll diese Lösung gar nicht anbieten, wer will schon eine Leitkultur, die über moralische Imperative den Wohnraum vorschreibt, dann doch lieber monotone Hütten mit wenigstens geweiselten Wänden. Auf der anderen Seite ist es mir einfach nicht verständlich das dieses Thema eine so geringe Resonanz findet. Richtig perfide wird es, wenn wie mit der Debatte zur *Zone für alternative Wohnformen* eigentlich gar keine Alternative angeboten wird, sondern viel mehr Kontrolle und Ausschluss bedeuten. Wie sollen die heute über mehrere Wagenplätze verteilten Akteur_inne ihre Ideen verwirklichen, wenn unter dem Begriff der kreativen Freiräume genau diese auf einem kleinen Areal eingepfercht und staatlich reglementiert werden.

Aber nicht genug, die Stadt Bern hat noch mehr zu bieten. Genauso zynisch wie der neue Wagenplatz ist der Vorschlag im neuen *Nachlebenkonzept der Stadt Bern*. Schon beim Überblicken wird klar, das da Repression und Kontrolle im Vordergrund stehen, auch wenn es im städtischen Vorschlag so klingt, als ob mit einem netten Ton kombiniert, Jugendliche gerne auf ihren individuellen Ausgang verzichten und sich als Herde in einzelne Strassen pferchen lassen, um haufenweise Kohle auszugeben. Alles nett und gut, besser ist meiner Meinung nach nur noch das Angebot einer Liste für Zwischennutzungen. In einem Aufwisch die Hand zu Bieten und an die Kette zu legen ist natürlich bei weitem kein neues Herrschaftskonzept, doch dieses Angebot bietet noch etwas mehr. Mit der Beschränkung auf Zwischennutzungen werden sämtliche Projekte ausgeschlossen, die nicht nur ein mit einem Monatsprogramm dem kulturellen Leben einen kleinen Zustupf geben wollen. Oder könnt ihr euch eine bessere Version vorstellen, wie Initiativen jeglicher Per-

spektiven beraubt werden können. Wie soll kulturelles Schaffen und Wohnen verbunden werden, wie sollen langfristige Projekte entstehen, wenn es für die Initiationsphase Räume gibt, nachher aber wieder die üblichen Marktangebote gelten? Nicht dass es so schon schwierig genug wäre, eine Besetzung leerstehenden Raumes vorzunehmen, mit einer solchen Vorlage erhalten auch die linkesten und nettesten noch eine Entschuldigung um mit voller Entrüstung über das radikale Chaotepack herzuziehen, und mit vollem Unverständnis das Einhalten von Regeln einzufordern. Solche ‚Vermittlungsversuche‘ braucht niemand. Ich verstehe unter Demokratie zumindest nicht eine New Public Management [siehe Kasten] verwaltete Leitkultur.

Aufwändige Perspektiven

Das Thema Wohnen weist streckenweise grosse Ähnlichkeit mit dem Thema Arbeit auf. Beide Sphären ermöglichen diverse Perspektiven, um die grossen Teile unseres Lebens und der gesellschaftlichen Interaktion miteinander zu verknüpfen. Die jeweilige Organisationsweise in den beiden Sphären zeigt, wie die Welt tickt und was für Potentiale enthalten sind. Die Annäherung an einen utopischen Ansatz und das Erweitern der utopischen Möglichkeiten erfordert eine engagierte Auseinandersetzung, die alle für sich und in ihrem direkten Umfeld machen müssen.

Ob es wie bei der Arbeit ist, wo unter anderem gerade die Alltäglichkeit viele davon abhält sich damit auseinander zu setzen, oder ob es die noch schwerer greifbaren Mechanismen sind, welche ein Engagement sehr aufwändig machen, sei dahingestellt. Wenn libertäre Basisdemokratinnen und Basisdemokraten nicht

bereit sind grössere Aufwendungen und langfristige Projekte auf sich zu nehmen, hinkt die Praxis weiterhin der bereits marginalen Debatte hinterher.

Projekte, denen es gelingt eine Basis zu schaffen, die nicht über Wachstum und Renditen funktionieren, brauchen einen intensiveren Austausch untereinander. Dafür müssen die einzelnen Akteur_innen ihre Interessen und Wünsche zusammen mit der Umsetzbarkeit von verschiedenen Wohnformen diskutieren.

Eine Gelegenheit dafür ist die Diskussionsrunde am 26. März im Infoladen (19:30).

s.deo



New Public Management

Mittel und Ideen aus der unternehmensorientierten Verwaltung werden auf „administrative“ Prozesse in der öffentlichen Verwaltung angewendet. Was mit dem Abschaffen des Beamtenstatus seinen Anfang nahm, erwirkt nicht nur eine gesteigerte „Effizienz“ der Abläufe, sondern wird zum Mittel der administrativ geformten und genormten Entscheidungsfindung.

s.deo

Rassisten

Wenn vier Türken jung und stark
Schlendern durch die Gassen
Fürchtet der Herr Müller sich
Fängt an sie zu hassen.
Hat ein Maroc nach der Arbeit
Noch Büros geputzt
Und hat er das extra Geld
Für nen Benz genutzt'
Ist Herr Müller der das sieht
Mit dem lästern schnell
Maroc und ein Daimler Benz
Der ist kriminell
Ich als Deutscher fürchte mich
Vor den Müllers weil...
Wenn Bild einmal vier Wochen hetzt
Schrein sie wieder Heil!

von: Harald Stubbe

Tankas

bevor eine kleine schwarze
katze vor freude schnurrend
sich im schatten der schönen
villa am boden wälzte war
da schon dieses grosse feuer

in einem hauseingang
den kopf auf die ver
schränkten arme gelegt
lauert eine seltsame stille
in den wintzigen rissen

das geräusch von ent
weichender luft erfüllt die stille
der strassen in denen ein schatten
sich bewegt dem schein der
lampen ausweichend

etwas hölzern wirken
seine worte und die
leute scharren mit den
füssen anstatt lohn gibts
nur schinkenbrote

von: Hans Marchetto

Fünf Uhr

Fünf Uhr in der Frühe
Steh ich am Bahnhof
Seh' die Gesichter
Die Alten und grauen
Und selbst die Jungen
Sehen so aus
Als wäre die Arbeit
Nichts zum lachen
Nur ich grinse leise
Bei dem Gedanken
Zur Arbeit zu kommen
Und „meiner“ Firma
Für das wenige Geld
Den maximalen Schaden
Zuzufügen

von: Harald Stubbe

HR

HR ist nicht nur ein Radiosender
HR ist auch die Abkürzung
Für Human Resurce
Menschliche Voräte
Benzin, Kartoffeln Menschen
Gibt es genug
Werden sie billiger

von: Harald Stubbe

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.



di schwarzi chatz
Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten
Sperrogramme um Sperrogramme, Proteste um Proteste: Die Nachrichten aus Spanien bieten ein offenes Bild. Wo stehen die dortigen sozialen- und Arbeitsmarktbedingungen und welche Probleme stellen sich ihnen? Dieser Erfahrungsbericht soll einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.

Basel/Genève 2011
in 22 x 48 mm
Erscheinens-
verteilung: 1 monatlich

In dieser Ausgabe
Tiere in China: vom gelben zum schwarzen Affenbrot? 4
Schweizer in Ecuador: Abenteuer für Sozialökologen 4
Arbeitslosigkeit und Solidarität 5
Kulturgeschichte und 100 Prozent: Solidarität in Genes 5
Der schwarze ist weniger als ein Schwein? 6
Arbeitskampf: immer bleiben in der Schweiz? in Deutschland 6
Der Kampf um die "Arbeitslosen" 7
Kulturgeschichte bis 8
Was hat denn nicht? hat nicht zu tun 8
Der schwarze ist nicht die beste 9
Arbeitslosen und Parteien, immer in Genes 9
Ruhlos 11
Kultur 11
Ruhlos 11

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25
oder:
zeitung@faubern.ch

